Antworten zu den VCD-Wahlprüfsteinen von den Kandidierenden Lisa Paus und Renate Künast der Partei Bündnis 90/ die Grünen

1. Weniger Lärm und CO2: Wie möchten Sie unsere Umwelt vom Luftverkehr entlasten?

Wir wollen den gesamten Luftverkehr in den europäischen Emissionshandel einbeziehen, wettbewerbsverzerrende Subventionen beenden - etwa durch die Einführung einer Kerosinsteuer und der ökologischen Fortentwicklung der Luftverkehrsabgabe - und die Belange des Lärmschutzes im Luftverkehrsrecht stärken, z. B. durch strengere Vorgaben hinsichtlich lärmabhängiger Start- und Landegebühren. Außerdem wollen wir eine Ausweitung des Nachtflugverbotes, die Förderung defizitärer Regionalflughäfen wollen wir einstellen.

2. Welche wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz beim Luftverkehr sollen aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

Die vom Luftverkehr verursachten Treibhausgasemissionen steigen seit Jahren ungebremst an. Auch die Beschlüsse der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) zum Klimaschutz werden dieser Entwicklung keinen Abbruch tun und sind daher völlig ungenügend. Deswegen setzen wir uns dafür ein, den internationalen Luftverkehr in die EU oder aus ihr heraus in das europäische Emissionshandelssystem einzubeziehen und den Emissionshandel durch einen verbindlichen CO₂-Reduktionspfad zu verstärken. Für die Branche wird es entscheidend sein, schon bald den Einsatz alternativer und hier insbesondere synthetischer Kraftstoffe zu ermöglichen sowie als Zwischenlösung konventionelle Antriebe weiter zu optimieren. Hierfür wollen wir Forschungsprogramme ausbauen.

3. Welche Steuerprivilegien für den Luftverkehr möchten Sie abbauen?

Die steuerlichen Subventionen des Luftverkehrs belaufen sich auf einen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Das ist nicht hinnehmbar. Wir wollen die Steuerbefreiung von Kerosin beenden, die Luftverkehrsabgabe ökologisch fortentwickeln und auf internationaler Ebene darauf hinwirken, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge aufzuheben. Des Weiteren wollen wir die immer größeren Zuweisungen für die Flugsicherung aus dem Bundeshaushalt beenden.

4. Wie bewerten Sie die Steuerfreiheit für Kerosin?

Die Steuerbefreiung von Kerosin entbehrt jeder wettbewerbs- und verkehrspolitischen Vernunft. Vom Klimaschutz ganz zu schweigen. Während eine Besteuerung von Kerosin auf der internationalen Ebene bislang durch das Chicagoer Abkommen ausgeschlossen ist, erlaubt immerhin das europäische Recht explizit die Besteuerung bei Inlandsflügen sowie zwischen Mitgliedstaaten, falls dafür bilaterale Abkommen bestehen. Trotzdem erhebt Deutschland wie die meisten anderen EU-Staaten keine Steuer auf den Klimakiller Kerosin. Um diesen Wettbewerbsvorteil der Fluggesellschaften gegenüber umweltfreundlichen Verkehrsträgern wie der Bahn abzubauen, muss das Kerosin zumindest für Inlandsflüge europaweit besteuert werden – so wie jeder andere Kraftstoff auch.

5. Wie sollte aus Ihrer Sicht die Luftverkehrssteuer weiterentwickelt werden?

Die Luftverkehrsabgabe ist ein geeignetes Instrument, damit der Luftverkehr für seine externen Kosten aufkommt. Deswegen lehnen wir ihre Abschaffung, wie sie von Union, SPD und FDP betrieben wird, entschieden ab. Für uns steht ebenfalls fest, dass sie in ihrer jetzigen Form unzureichend ausgestaltet ist. Wir wollen das Luftverkehrssteuergesetz (LuftVStG) so weiterentwickeln, dass die Luftverkehrsabgabe eine ökologische Lenkungswirkung erhält. Sinnvoll ist es, eine stärkere Differenzierung zwischen First-, Business- oder Economy-Class und zwischen lauten, ineffizienten Flugzeugen und modernen Maschinen einzuführen. Zudem wollen wir die Luftfracht in das System einbeziehen.

6. Wie sollen Subventionen für Regionalflughäfen zurückgefahren werden?

Zahlreiche Landesflughäfen sind verkehrstechnisch obsolet, weisen nur wenige Flugverbindungen auf und werden seit Jahren nur durch massive Steuersubventionen am Leben gehalten. Deswegen ist es aus unserer Sicht richtig, die öffentliche Förderung, die einzelne Bundesländer defizitären Regionalflughäfen gewähren, zügig einzustellen, wie es auch die EU verlangt.